Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesendeter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 1,
Louis Lösche, Katharinenstr. 23, p.
nur bis ½3 Uhr.

# Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 19,650.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 50 Mk.
mit Postbeförderung 60 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unr. Preisverzeichniß
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherm Tarif
Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 231. Donnerstag den 19. August 1886. 80. Jahrgang.

## Amtlicher Theil.

### Bekanntmachung.

Das 11. Stück des diesjährigen Gesetz- und Verordnungsblattes für das Königreich Sachsen ist bei uns eingegangen und wird **bis zum 4. September dieses Jahres** auf dem Rathhaussaale zur Einsichtnahme öffentlich aushängen.

Dasselbe enthält:

Nr. 45. Verordnung, die Tagegelder und Reisekosten der Mitglieder der Kör- und Kreis-Kör-Commissionen betreffend; vom 30. Juni 1886.
" 46. Verordnung, die ärztlichen Hausapotheken und die Krankenhaus-Apotheken betreffend; vom 1. Juli 1886.
" 47. Bekanntmachung, die Anleihe der Stadtgemeinde Reichenbach i. V. betreffend; vom 5. Juli 1886.
" 48. Bekanntmachung, den Ankauf der Leipzig-Gaschwitz-Meuselwitzer Eisenbahn betreffend; vom 9. Juli 1886.
" 49. Verordnung, das Verfahren bei der Anstellung von solchen Cantoren und Organisten, deren Kirchendienst nicht mit einer bestimmten ständigen Schulstelle verbunden ist, betreffend; vom 26. Juli 1886.
" 50. Verordnung, die Expropriation von Grundeigenthum für Erweiterung des Bahnhofes zu Werdau betreffend; vom 29. Juli 1886.

Leipzig, am 17. August 1886.

**Der Rath der Stadt Leipzig.**
Hetzler. Krumbiegel.

### Bekanntmachung.

Das 27. Stück des diesjährigen Reichsgesetzblattes ist bei uns eingegangen und wird **bis zum 13. September d. J.** auf dem Rathhaussaale zur Einsichtnahme öffentlich aushängen.

Dasselbe enthält:

Nr. 1681. Bekanntmachung, betreffend den Aufruf und die Einziehung der Einhundert-Mark-Noten der Commerzbank in Lübeck. Vom 8. August 1886.

Leipzig, den 16. August 1886.

**Der Rath der Stadt Leipzig.**
Hetzler. Krumbiegel.

### Bekanntmachung.

Auf die Dauer der Sperrung des Barfußgäßchens wird das **Befahren des Thomasgäßchens** auch in der Richtung **nach dem Markte** gestattet. Es darf jedoch innerhalb dieser Strecke nur **im Schritt** gefahren werden.

Leipzig, den 18. August 1886.

**Der Rath der Stadt Leipzig.**
IX. 8378. Hetzler. Heutschel.

Der Uhrmacher **Gustav Adolf Heinrich Begandt**, am 30. August 1860 in Leipzig geboren, hat sich der über ihn verhängten polizeilichen Aufsicht entzogen und treibt sich jedenfalls vagabundirend umher.

Wir bitten, denselben im Betretungsfalle festzuhalten und uns, falls dies geschehen, unverzüglich Nachricht zu geben.

Leipzig, am 17. August 1886.

**Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.**
Bretschneider. Saltenmacher.

Erstatteter Anzeige zufolge hat der Hausdurche **Carl Gustav Kretzschmar** das ihm vom Gemeindevorstand zu Mölkerswalde am 19. April 1878 ausgestellte Dienstbuch verloren.

Im Auffindungsfalle bitten wir das Buch an uns abzuliefern.

Leipzig, am 15. August 1886.

**Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.**
III. 2455. Bretschneider. H.

### Bekanntmachung.

Die beim Brande unseres Empfangsgüterbodens geborgenen Gegenstände, aus **wollenen Waaren, Garn, Zwirn, Handschuhen** ꝛc. bestehend, sollen

**Donnerstag, den 19. dieses Monats,**
**von Vormittags 10 Uhr ab,**

in der Nähe der Brandstelle gegen sofortige Zahlung öffentlich versteigert werden.

Die Auctionsbedingungen werden vorher bekannt gemacht.

Leipzig, den 15. August 1886.

**Königl. Sächsische Güterexpedition Bayerischer Bahnhof.**

### Bekanntmachung.

Die Anlieferung von ca. 2000 Centnern böhmischer Mittelkohle und 1000 Centnern Würfelsteinkohle für die hiesigen Volksschulen — 1800 Centner für die untere und 2200 Centner für die obere Schule — soll im Wege der Concurrenz an den Mindestfordernden vergeben werden.

Diesbezügliche Offerten und Muster sind unter Angabe des Preises pro Centner incl. Anfuhr und Abladen bis zum

**25. August d. J.**

im hiesigen Schuldirectionsgebäude 1. Etage abzugeben.

Reudnitz, am 17. August 1886.

**Der Schulvorstand.**
C. Kindt.

## Nichtamtlicher Theil.

### Die russische Politik.

Rußlands Politik ist deshalb so schwer zu erkennen, weil sie nicht aufrichtig ist und weil sie sich in Widersprüchen bewegt. Man kann drei Phasen der russischen Politik unterscheiden: ein kaiserliche, eine Regierungspolitik und eine panslawistische. In einem absoluten Staate wie Rußland, sollte man meinen, müßten sich sämmtliche drei Erscheinungsformen der Politik decken, was der Kaiser will, dem müßte sich das Ministerium ebenso unterordnen wie der Parteigeist. Dem ist jedoch keineswegs so. Der Kaiser muß in Rußland mit der öffentlichen Meinung und mit den nationalen Wünschen und Instincten rechnen, er kann nicht seiner persönlichen Ueberzeugung allein folgen, und wenn er dieser den Sieg sichern will, so kann er das nur durch theilweise Zugeständnisse an die nationalen Wünsche. Es unterliegt keinem Zweifel, daß Alexander III. persönlich dem Frieden zuneigt, wäre dem nicht so, dann würde er die zahlreichen Gelegenheiten, welche sich ihm während seiner fünfeinhalbjährigen Regierungszeit dargeboten haben, einen Krieg zu entfesseln, nicht sämmtlich unbenutzt gelassen haben. Er hätte den General Skobelew nach seiner Pariser Hetzrede nicht nach St. Petersburg entboten, um ihm den Standpunct klar zu machen, der afghanische Grenzstreit hätte nach dem Treffen bei Pulidschi nicht eine friedliche Wendung genommen, und endlich wäre der Kriegslärm auf der Balkanhalbinsel nicht vorübergegangen, ohne daß Rußland zum Schwerte gegriffen hätte. Es ist anzunehmen, daß den russischen Kaiser außer seiner Friedensliebe auch noch andere Gründe bestimmt haben, die friedliche Schlichtung der bestehenden Streitfragen der Entscheidung durch das Schwert vorzuziehen. Der russisch-türkische Krieg des Jahres 1877 hat gezeigt, daß die militärische Leistungsfähigkeit Rußlands weit hinter der Meinung zurücksteht, welche die Russen selbst davon hegen, und es ist gewiß ein Schritt, der wohl überlegt sein will, einen Krieg zu beginnen, bei welchem Rußland mit Ausnahme Frankreichs nur Feinde haben würde. Diese Erwägung bildet ein starkes Gegengewicht gegen den Ansturm der Panslawisten, und es ist klar, daß der Leiter der auswärtigen Politik Rußlands, Herr v. Giers, an diesen Besorgnissen seinen besten Bundesgenossen hat, um einer kriegerischen Wendung der russischen Politik entgegenzutreten.

Vorläufig hat in Rußland noch der Rath des Ministers v. Giers über die panslawistischen Bestrebungen die Oberhand, das ist aus einer ganzen Reihe von Thatsachen zu entnehmen. Aber daß seine Rathschläge die Oberhand behalten konnten, ist nur seinen diplomatischen Erfolgen zu danken. Die Machtsphäre Rußlands in Centralasien hat durch die Unterwerfung der Teke-Turkmenen und die Erwerbung des angrenzenden südlichen Gebiets bis nach Penschdeh eine sehr erhebliche Erweiterung erfahren und die Aufhebung der Freihafenstellung Batums hat der Stellung Rußlands am Schwarzen Meere einen neuen werthvollen Stützpunct geschaffen. Die durch den Staatsstreich vom 18. September 1885 entfesselte Bewegung auf der Balkanhalbinsel ist nicht ohne Nutzen für Rußland geblieben, da Fürst Alexander seinen Zweck, die Vereinigung von Nord- und Südbulgarien, nur theilweise erreicht hat, und da andererseits die Türkei durch die lange Kriegsbereitschaft fast bis zur Erschöpfung ihrer finanziellen Mittel geschwächt ist. Auch die gegenwärtigen Verhandlungen über die Abänderung des ostrumelischen Statuts sind ein Zeichen, daß der russische Einfluß auf der Balkanhalbinsel noch heute der maßgebende ist, und die Türkei wird sich wohl hüten, den Verhandlungen mit Bulgarien einen russenfeindlichen Charakter zu geben. Von Konstantinopel wird sogar ein Umschwung in der türkischen Politik in Aussicht gestellt, welcher den Wünschen Rußlands entsprechen würde. Das sind Errungenschaften, welche auf die diplomatische Geschicklichkeit des Ministers v. Giers zurückzuführen sind. Daß auf der anderen Seite Kräfte thätig sind, welche diesen Bestrebungen entgegenwirken, ist selbstverständlich und liegt in der Natur des diplomatischen Verkehrs. Die Unterzeichner des Berliner Friedens, die Türkei und England an der Spitze haben ein Interesse daran, daß Bulgarien nicht lediglich der Willkür Rußlands überantwortet wird und daß überhaupt auf der Balkanhalbinsel sich nicht ein Zustand gestaltet, welcher alle vorhandenen Kräfte Rußland gegenüber lahm legt. Ein Bündniß zwischen Rußland und der Türkei würde nichts anders als die Aufhebung des freien Willens der Türkei den russischen Plänen gegenüber bedeuten, es ist deshalb sehr unwahrscheinlich, daß dieses Bündniß zu Stande kommt.

Die panslawistische Richtung in Rußland ist stark und hat Alexander III. wiederholt zu Zugeständnissen genöthigt. Als solche sind der Tagesbefehl an die Flotte des Schwarzen Meeres, welcher von Sewastopol aus erfolgte, und die Gestattung der Anreden des Metropoliten und des Stadtoberhauptes von Moskau beim Empfang des Kaisers anzusehen. Das wichtigste Zugeständniß aber ist das Gewährenlassen der deutschfeindlichen Richtung in der Presse. In dieser Beziehung liegen so zahlreiche Belege vor, daß es thöricht wäre, sie als nicht vorhanden zu betrachten. Ein besonders in die Augen fallendes Beispiel von der Macht des russischen Panslawismus in der Presse hat die Anwesenheit des bekannten französischen Deutschenhetzers Déroulède in St. Petersburg geliefert. Die russische „St. Petersburger Zeitung" hat den Besuch zu Andeutungen verwerthet, welche durch ihre mystische Form doppelt eindrucksvoll wirken mußten. Sie sprach von verständnißvollen Blicken, welche die Wissenden mit einander tauschten und von dem beredten Schweigen, welches nur dazu diene, die innere Sammlung zu fördern. Der „Sinet" war deutlicher und gab dem tiefgefühlten Wunsche Ausdruck, daß die Rache bald ins Werk gesetzt werden und daß sie ihr Ziel erreichen möge. Zum Ueberfluß war dieser Willkommensgruß auch noch in Verse gebracht. Nun ist dem Herrn Déroulède zwar angedeutet worden, daß er nach der ersten Hetzrede gegen Deutschland die Ausweisung zu gewärtigen habe, aber solcher Reden bedarf es nach den panslawistischen Begrüßungen des französischen Gastes in der Presse nicht mehr.

Die russischen Panslawisten wünschen nichts sehnlicher, als daß die Allianz mit Frankreich gegen Deutschland zu Stande kommen möge, darauf ist ihr ganzes Sinnen und Denken gerichtet, aber darin stoßen sie auf den Widerstand des Kaisers und des Ministeriums, insbesondere auf den des Herrn v. Giers. Wie man in russischen Regierungskreisen denkt, ist aus einem Artikel des Brüsseler „Nord" zu erkennen, in welchem gesagt wird, daß selbst, wenn eine Begegnung zwischen Herrn v. Giers und dem Fürsten Bismarck anläßlich der Anwesenheit des ersteren in Deutschland nicht zu Stande kommen sollte, darum weder der Friede noch die guten Beziehungen der drei Kaisermächte bedroht seien. Weniger beruhigend klingt, was der „Nord" als Grund für das Fernbleiben des Ministers v. Giers von der Gasteiner Zusammenkunft vorschützt, daß nämlich das Erscheinen des russischen Ministers in einer Versammlung unmöglich gewesen sei, deren Mittelpunct Fürst Bismarck war. Den Ministerwechsel in London betrachtet der „Nord" mit argwöhnischen Blicken; er beschuldigt die Tories, daß sie die bulgarische Frage als einen Keil betrachten, um den Drei-Kaiser-Bund zu sprengen, dagegen hofft das russische halbamtliche Organ, daß diese Absichten in Oesterreich keine Unterstützung finden würden. Aus allen diesen Thatsachen ist ersichtlich, daß wir guten Grund haben, die Windungen, in welchen sich die russische Politik bewegt, mit größter Aufmerksamkeit zu verfolgen und die entsprechenden Bewegungen auf französischer Seite ebensowenig außer Acht zu lassen. *

### Leipzig, 19. August 1886.

* Eine Mittheilung der „Politischen Correspondenz", welche in die englischen Zeitungen übergegangen und auch in Berliner Regierungskreisen bemerkt worden ist, sagt, das englische Auswärtige Amt wende der russischerseits beabsichtigten Besitzergreifung von Port Lazarew auf Korea große Aufmerksamkeit zu; da es der englischen Regierung aber an einer gesetzlichen Handhabe fehle, um gegen eine Besetzung des genannten koreanischen Hafens Einrede zu thun, so sei dieselbe mit Erfolg bemüht, China zum Widerstand gegen diese Handlung zu bestimmen. Einem in Londoner diplomatischen Kreisen verbreiteten Gerüchte zufolge soll auch Deutschland der Regierung von Korea seine guten Dienste angeboten haben, und man gebe sich deshalb in England der Hoffnung hin, Rußland werde angesichts dieser Schwierigkeiten seinen Plan vorläufig aufgeben. Dem entgegen kann ein Correspondent der „Kölnischen Zeitung" aus Berlin, was Deutschland angeht, melden, daß die deutsche Regierung weder von der Besitzergreifung Port Hamiltons durch England noch von den etwaigen Absichten Rußlands auf Port Lazarew irgendwelche amtliche Kenntniß erhalten und daher auch keinen Anlaß gehabt hat, sich darüber zu äußern.

* Dem Vernehmen nach soll der Flügeladjutant des Kaisers, Oberstlieutenant Graf Wedell, der zur Zeit bei der Botschaft in Wien commandirt ist, an Stelle des zum Gouverneur Berlins ernannten General Werder zum diesseitigen Militairbevollmächtigten in Petersburg bestimmt sein.

* Auch dem Magistrat von Berlin war von Pest aus eine Einladung zu den Festlichkeiten zugegangen, welche aus Anlaß der Wiedereroberung Ofens dort veranstaltet werden. Diese Einladung lief vor drei Wochen in Berlin ein und war an die Stadtverordneten von Berlin gerichtet. Mit Zustimmung des Vorsitzenden der Versammlung, Dr. Stryck, übernahm der Magistrat umsomehr die Beantwortung, als die Zuschrift in die Ferien fiel und baldige Erledigung erheischte. Der Magistrat hat, wie die „National-Zeitung" meldet, die Theilnahme abgelehnt. Der betreffende Beschluß wurde, da beide Bürgermeister, die Herren v. Forckenbeck und Duncker, abwesend waren, unter Vorsitz des Herrn Stadtrath Zelle gefaßt.

* In der am 17. d. M. stattgefundenen Sitzung des Magistrats von München lag das Ansuchen der Gemeindebevollmächtigten vor, der Magistrat wolle der Ofen-Pester Behörde mittheilen, im Gemeindecollegium bestehe keine Geneigtheit, der ergangenen Einladung zur Jubelfeier Folge zu geben, das Collegium lehne die Einladung dankend ab. Der Oberbürgermeister Erhard schnitt jede Erörterung ab, da nur das Gemeindecollegium, nicht aber der Magistrat eingeladen sei. Der Magistrat beschloß daher einstimmig, ein Ablehnungsschreiben gemäß dem Ersuchen des Collegiums abzusenden. — Der Beschluß des Münchener Gemeinderaths, die Einladung zu den Pester Festlichkeiten in der bekannten schroffen Form abzulehnen, findet übrigens auch in den Münchener „Neuesten Nachrichten" Mißbilligung. Das Blatt schreibt:

„Ohne ausführlicher auf die Berechtigung einzugehen, den Magistrat einer einzelnen Stadt für Mißgriffe eines ganzen Volkes verantwortlich zu machen, wollen wir hier nur bemerken, daß es kaum Sache der städtischen Vertretung gewesen ist, eine solche Einladung aus politischen Gründen abzulehnen. Dadurch wird die Ablehnung, welche in höflicher Form zu geben ja vollständig im Belieben des Collegiums stand, zu einem politischen Ereigniß aufgebauscht, und es ist im Collegium selbst anerkannt worden, daß dasselbe nicht dazu berufen sei, hohe Politik zu treiben, wie dies doch thatsächlich mit dem Beschlusse geschehen ist."

Gleichzeitig treten die „Neuesten Nachrichten" dem klerikalen „Münchener Fremdenblatt" entgegen, welches behauptet hatte, die Stadtvertretung habe sich zu dem Beschlusse durch die liberalen Mitglieder der Körperschaft verleiten lassen. Die „Neuesten Nachrichten" sagen hierüber:

„Der Antrag des Liberalen Naß, sich nach dem Berliner Magistrate zu richten, ebenso der Vermittelungsantrag des Liberalen Hänle wurden nicht angenommen. Dagegen ist der angenommene und Aufsehen erregende Beschluß des Collegiums seitens des Herrn Gerteisen formulirt worden. Die „Gemeindezeitung" schreibt: „Nach Schluß der Debatte wird mit Mehrheit der Ausschußantrag abgelehnt und der Antrag des Herrn Vorstandes Gerteisen angenommen." Das ist also der Liberale, durch den sich die Stadtvertretung „verleiten" ließ! Uebrigens bedenkt das „Fremdenblatt" bei seiner hämischen Bemerkung gar nicht, ein wie klägliches Armuthszeugniß es seiner eigenen Partei im Rathhause ausgestellt hat, die als reines „Stimmvieh" in einer doch zweifellos wichtigen Frage den bösen Liberalen kritiklos und ohne eine Spur von eigener Meinung gefolgt ist! Ein deutlicheres und vernichtenderes Urtheil über die ultramontanen Gemeindebevollmächtigten ist wohl noch nie gefällt worden."

* Dieser Tage feiert der Inspecteur der bayerischen Cavallerie, Generallieutenant Emanuel v. Kilian, den Ablauf seines fünfzigsten Dienstjahres. Als der Sohn eines Reiterobersten 1821 in Landshut geboren und im Cadettencorps erzogen, gehört er seit 1839 dem bayerischen Heere an, war Adjutant der Generäle Hohenhausen und v. d. Tann, Mitglied der Commissionen, welche im Auftrage des Kriegsministeriums 1861 und 1863 die Edelsheim'sche Neugestaltung der österreichischen Reiterei studirten; nahm am Kriege gegen Dänemark theil, wurde dort ein Liebling des Prinzen Friedrich Karl von Preußen, machte den Feldzug von 1866 und den Krieg von 1870/71 mit Auszeichnung mit, trat schon 1868 an die Spitze der bayerischen Equitationsanstalt, 1875 in die Generalität und 1882 als Inspecteur der Cavallerie in die oberste Leitung dieser Waffe ein. Geschmückt mit zahlreichen Orden ist er seit 1883 Generallieutenant und auch in diesem Jahre wieder wie in dem vorangegangenen zur Leitung der großen Cavalleriübungen am Lechfelde berufen. Die bayerische Reiterei dankt ihm einen großen Theil ihrer heutigen Ausbildung und ihres Werthes.

* Der Abg. Dr. Rittler, dasjenige Mitglied der bayerischen Patriotenpartei, welches dem Treiben der Extremen schon lange entgegengetreten ist und von denselben neuerdings besonders lebhaft als „Verräther" angegriffen wird, sprach dieser Tage vor seinen klerikalen Wählern in Berchtesgaden, die sich vollkommen einverstanden mit ihm erklärten. Herr Dr. Rittler bemerkte u. A.:

Vor Allem ist aufmerksam zu machen auf den Unterschied der Lage von 1881 und von heute. Wie Sie sich Alle noch erinnern, herrschte 1881 allgemeine Unzufriedenheit unter den bayerischen Katholiken über die kirchenpolitischen Verhältnisse unseres Landes. Heute aber, meine Herren, wie lautet heute der einstimmige Ruf im ganzen Lande? Es ist in Vielem besser geworden! Vor einem Jahre hätte ich diesen Satz noch nicht aussprechen dürfen, ohne der Verdächtigung ausgesetzt zu sein, daß ich „ministeriell" bin; heute aber ist dieser Ruf in Aller Mund, oben und unten, rechts und links. Es ist eine Stimme, die durch Bayern hindurchhallt: Es ist in kirchenpolitischer Hinsicht Vieles besser geworden .... Eine tiefe Kluft geht heute durch die Reihen der patriotischen Partei, mächtig stürmen sich die Wogen der Leidenschaften empor. Verdächtigung, Ehrabschneidung, Verleumdung, das sind die Waffen, welche als Mittel im Kampfe ungeahnt benutzt werden. Hochangesehene Männer, deren rechtliche Treue, deren Patriotismus über jeden Zweifel erhaben ist, werden als „ministeriell" und zum Theil von der patriotischen Partei „abgefallen" verdächtigt. Die Bewegung nimmt immer mehr Überhand und wird von einem großen Theil der eigenen Parteipresse aufs Leidenschaftlichste geschürt. Beträte und von ernster Besinnung erfüllt, ist das katholische Volk in Bayern unfreiwilliger Zeuge des Sturmes, und bekümmert fragt es, was soll daraus werden? Alle in schweren, langwierigen Kämpfen errungenen Güter sind neuerdings in Frage gestellt, die conservative Mehrheit selbst ist in der Kammer gefährdet.

* * *

* Es wird in Wien allgemein bemerkt, daß der ungarische Ministerpräsident die erste sich ihm bietende Gelegenheit benutzt hat, um das ungarische Volk gewissermaßen an die Verpflichtungen zu mahnen, welche das letzte kaiserliche Handschreiben ihm auferlegt. Die Rede, mit welcher Tisza bei Eröffnung der historischen Ausstellung in Pest die an ihn gerichteten Ansprachen des Oberbürgermeisters Rath und des Vicebürgermeisters Gerlczy beantwortete, kann kaum anders gedeutet werden. Tisza nahm die dem Gegenstand der Feier bildende historische Thatsache, daß die Befreiung Ofens von der türkischen Herrschaft von einer zum großen Theile aus Deutschen und anderen Nichtungarn bestehenden kaiserlichen Armee vollführt wurde, zum Anlasse, um Ungarn daran zu erinnern, daß die von der nationalen Begeisterung unterstützte Tapferkeit der Armee der mächtigste Schutz des Vaterlandes sei, und daran die Hoffnung zu knüpfen, „daß, wann immer es Noth thun sollte, Jedermann sich dem begeisterten Zusammenwirken der Armee mit den anderen Theilen der Nation gegenüberfinden werde, der den Thron und das Vaterland zu bedrohen wagen sollte". Die Beziehung dieser Worte auf die eben zum Abschlusse gelangte Janitz-Episode ist mit Händen zu greifen und wird auch allgemein als eine Mahnung zum Entgegenkommen gegen die Armee und zum innigen Zusammenleben mit derselben aufgefaßt. Das findet auch allgemeine Zustimmung, und es scheint in der That nichts heilsamer zu sein als die Erinnerung, daß Ungarn in dem entscheidendsten Zeitpuncte seiner Geschichte auf die Hilfe einer Armee angewiesen war, die nur zum geringen Theile aus Ungarn bestand. Daraus ergiebt sich von selbst, wie übel Diejenigen das Land berathen, welche eine sogenannte „Armeefrage" aufwerfen wollen. Tisza hat übrigens noch am 15. d. M. nach Eröffnung der historischen Ausstellung seine alljährliche Badereise nach Ostende angetreten.

* Die in Brüssel sich aufhaltenden Anhänger der Orleans haben wieder zu einem Skandal Anlaß gegeben, so daß die Polizei einschreiten mußte. Sie gaben ein royalistisches Journal „Le Mousquetaire" heraus. Als am 15. d. Abends der Militairmusikfackelzug bei dem Gebäude der Redaction vorüberzog, da hatten sie den Balcon mit einem Riesentransparent „Es lebe der König!" geschmückt und Alles erleuchtet. Hierauf warfen sie Cigarren und ihr Journal zu Hunderten in die Menge. Bei der Kundgebung am Sonntag befestigten sie über dem Transparent eine französische Fahne (es handelt sich um ihren Zukunftskönig), aber die Arbeiter würdigten es keiner Ovation. Die Polizei mahnte die Herren zu größerer Vorsicht.

* Im 16. französischen Armeecorps hat gelegentlich der Besichtigung General Borson eine interessante Uebung veranstaltet. Von Nodez wurde ein Eisenbahnzug mit 400 Mann vom 81. Linienregiment abgelassen, der bei der Ferme von Mezeilles plötzlich angegriffen wurde. Die Maschine hielt sofort und die Mannschaften sprangen aus den Wagen und verfolgten die Angreifer bis auf die nächsten Höhen, während ein anderer Theil in möglichster Eile die mitgenommenen Lazarethwagen ausschiffte. Die Officiere, welche der Uebung beiwohnten, waren vom Verlauf derselben sehr befriedigt. Uebrigens gehören derzleichen Uebungen auch in unserer Armee nicht zu den Seltenheiten. Bei dem neuerlichen Regimentsschießen des 82. Regiments in der Umgegend von Northeim hat man höchst wichtige Versuche bezüglich der Treffsicherheit beim Schießen von Luftballons und über einen Fluß schwimmende Colonnen angestellt.

* Einem dem „Daily News" aus Täbris vom 15. d. M. zugegangenen Telegramme zufolge haben heftige Kämpfe zwischen persischen Truppen und aufständischen Kurden stattgefunden. Letztere wurden mit Hinterlassung von 84 Todten auf türkisches Gebiet gejagt. Persien verlangt jetzt von der Türkei, daß es die Kurden im Zaume halte und an ferneren räuberischen Ueberfällen auf persisches Gebiet verhindere.

### Die serbisch-bulgarische Frage.

* Man schreibt uns aus Wien:

Im Laufe der jüngsten Tage sind in den Blättern wieder allerlei Nachrichten aufgetaucht, welche die Beziehungen zwischen Serbien und Bulgarien als bedenklich gespannt bezeichneten und sogar von geheimen Rüstungen sprachen, die angeblich in Belgrad und Sofia im Zuge sein sollten.

Diese letztere Angabe ward zwar in officiellem Wege sofort dementirt, allein andererseits fehlt es doch nicht an sehr greifbaren Anzeichen, daß die Beziehungen zwischen Serbien und Bulgarien noch immer ziemlich unfreundlicher Natur sind und es voraussichtlich auch noch lange Zeit bleiben werden.

Bevor nämlich die Befreiung Bulgariens von der Türkenherrschaft erfolgte und dasselbe als ein besonderer Staat anerkannt wurde, galt es auf der ganzen Balkanhalbinsel als feststehend, daß nur die serbische Nation die Fähigkeit und den Willen hätte, die nationalen Wünsche des gesammten Südslawenthums zu verwirklichen. Zu diesem Zwecke fehlte es aber an einem einheitlichen Programm und an gemeinsamen Bestrebungen, da das Serbenthum in zwei nationale Staaten: in das Königreich Serbien und das Fürstenthum Tschernagora, zerfällt, deren Dynastien, die Obrenowitsch und die Njegusch, seit jeher in keinem besonders freundlichen Verhältniß zu einander standen. Zu den treuen und hoffenden Anhängern der Serben unter König Milan rechnet man in erster Linie die Bewohner des noch den Türken unterworfenen Alt-Serbiens mit dem historischen Kosowo Polje (Amselfeld), die Bewohner einiger bulgarischer Bezirke, besonders des Kreises Widdin, und die des von Oesterreich occupirten Bosnien. Dagegen halten zu Montenegro die kriegerischen Stämme der Herzegowina, welche auch schon wiederholt die in der sogenannten Krimoscie gegen Oesterreich ausgebrochenen Aufstände unterstützt haben. In den Kriegen gegen die Türken und bei jeder Mobilisirung konnten Serbien und Montenegro